



Presseinformation

Nr. 040 / 2015

Kiel, Dienstag, 3. Februar 2015

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Wirtschaft / Mindestlohn

Christopher Vogt: Einfrieren des Landesmindestlohnes kann nur ein erster Schritt sein

Zum heutigen Kabinettsbeschluss über die Zukunft des Landesmindestlohnes erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Wir begrüßen, dass die Landesregierung den Landesmindestlohn auf dem aktuellen Niveau von 9,18 Euro einfrieren will. Es ist ja auch schon bisher kaum zu vermitteln, warum ausgerechnet Schleswig-Holstein den höchsten gesetzlichen Mindestlohnsatz in ganz Deutschland hat. Mit dem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der seit dem 1. Januar bundesweit gilt, fällt auch die bisherige Argumentation der rot-grün-blauen Koalition weg, auf Landesebene eine entsprechende Regelung zu benötigen. Konsequenter wäre von daher die Abschaffung des Landesmindestlohngesetzes.“

Wir fordern des Weiteren, dass die jetzt vom Landeskabinett beschlossene Lösung auch auf das Vergaberecht angewendet wird.

Wir halten den starren gesetzlichen Mindestlohn grundsätzlich für ein kontraproduktives und undifferenziertes Instrument, das wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch mehr Schaden als Nutzen bringt. Dies ist auch deshalb der Fall, weil die damit einhergehende Bürokratie insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen massiv belastet. Dies schadet gerade den Risikogruppen auf dem Arbeitsmarkt, denen man eigentlich mit dem Mindestlohn helfen möchte.“